

Sehr geehrter Herr Generalsekretär !

In Der Folge die mehrteilige Serie über das Symposium vom 4. Mai 2011:

„ Und sie bewegt sich doch – die Arabische Welt“

Arabische autoritäre Systeme und revolutionäre Bewegungen von unten.

W i e n - Die Turbulenzen und revolutionären Ereignisse in der Arabischen Welt seit Jahresbeginn können angesichts einer globalisierten Welt und da ihr Ausgang offen ist, niemanden gleichgültig lassen. Schon gar nicht Europa wegen seiner geographischen Nähe zu den Schauplätzen und der wirtschaftlichen Verflechtung mit diesen Ländern. Vor diesem Hintergrund fand am 4. Mai 2011 ein Symposium „Und sie bewegt sich doch – die Arabische Welt“ statt, das von der Österreichischen Orient-Gesellschaft (ÖOG) Hammer-Purgstall in Zusammenarbeit mit dem Afro -Asiatischen Institut Wien und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik in der Raiffeisen Zentrale organisiert worden war. Zu dem Symposium waren bekannte Politikwissenschaftler und Journalisten gekommen, die in ihren Impulsreferaten chronologisch die Entwicklung der letzten Monate in den einzelnen Ländern und auf mögliche Auswirkungen eingingen.

Bei seiner Begrüßung der Referenten und des zahlreich erschienenen Publikums bedauerte ÖOG -Präsident BERT FRAGNER , dass das öffentliche Interesse in Österreich für Veranstaltungen, die den islamischen Orient betreffen, nicht immer deutlich sichtbar sei. Der Vordere Orient bzw. die Arabische Welt seien in den letzten Monaten zu einem „Hotspot“ der Weltpolitik geworden. Wohin dies führen werde, lasse sich schwer voraussagen. Doch schon jetzt seien gewaltige Veränderungen erkennbar. Jedes Land habe seine besonderen, kaum vergleichbaren Probleme, damit seien unterschiedliche Reaktionen verbunden. In funktioneller Hinsicht gebe es eine „Arabische Kommunikationsgemeinschaft“, die von einer jüngeren Generation getragen werde.

Symposiumsmoderator Gesandter GEORG STILLFRIED (Mitglied des ÖOG -Vorstandes) wertete den starken Besuch des Symposiums als Zeichen des großen Interesses für den Nahen Osten, er stellte die Referenten, ihre Tätigkeiten und Publikationen vor.

Univ- Prof. HELGA BAUMGARTEN (Leiterin des M.A. Programmes Demokratie und Menschenrechte an der palästinensischen Bir Zeit Universität) widmete sich in ihrem Beitrag den politischen Systemen und sozialen Bewegungen in der Arabischen Welt. Ihren Angaben zufolge hallt der Ruf der Demonstranten „Das Volk will den Sturz des Regimes“ durch die ganze Arabische Welt. Der Westen habe die falsche Einschätzung gehabt, dass die Regimes der Arabischen Welt fest in ihren Sätteln säßen, die Araber autoritätsgläubig, fundamentalistisch und gewaltbereit seien und der Islam nicht kompatibel mit Demokratie sei. So sagten die Bürger Tunesiens und Ägyptens „Wir sind nicht die, zu denen ihr (im Westen) uns gestempelt habt“. Zwei Regimes – in Tunesien und Ägypten – seien gestürzt worden, auch hätten die Araber überall gezeigt, dass sie in der Lage seien, große und eindrucksvolle Massendemonstrationen durchzuführen. Wirtschaftliche Gründe seien erste Ursache der Massenproteste gewesen, die sich schließlich zu einer großen Rebellion gegen Verarmung und globalisierte Märkte entwickelt hätten. Ausschlaggebend seien auch die Arbeitslosigkeit der Jugend (rund 40 Prozent der Ägypter lebten in Armut; etwa 50 Prozent der Bevölkerung der Arabischen Länder seien junge Leute) neben ungeheurem Reichtum der Eliten und herrschenden Klassen gewesen. Herrscher wie der gestürzte ägyptische Präsident Mubarak, aber auch Libyens Machthaber Gaddafi hätten ungeheure Summen Geld in „Sichere Länder“ wie die Schweiz verschoben.  
(Forts. Seite 2)

Dazu sei eine scharfe Repression, vor allem der politischen Opposition gekommen. Die Publikationstechnologie (Mobiltelefone, Internet), gekoppelt mit dem Ende polizeistaatlicher Maßnahmen gegen Medien, aber auch Nachrichtenschmuggel hätten wesentlich zu der neuen Entwicklung beigetragen. Allein in Ägypten mit seinen etwa 80 Mill. Einwohnern verfüge die Bevölkerung über 60 Mill. Mobiltelefone.

Ein weiterer Faktor sei das Selbstverständnis der Jugend des (Kairoer) Tahrir-Platzes (Hauptsammelpunkt der vergangenen Demonstrationen) gewesen. In Ägypten selbst regiert derzeit ein Militärrat, dessen Politik einem Experten zufolge eine Kombination von Reform und Revolution darstellt. Die Demonstrationen seien im großen und ganzen gewaltfrei abgelaufen. Jetzt werde alles in die Öffentlichkeit getragen, auch was früher von den Geheimdiensten unterdrückt wurde. Laut Baumgarten gebe es in der Arabischen Welt keine Revolution nach dem Muster Lenins, aber auch keine nach dem Muster von Volkshelden wie V. Havel oder L. Walesa. Die Massenbewegung gehe in verschiedene Richtungen und komme auch aus verschiedenen ideologischen Richtungen. Die Demonstrationen selbst, wie die Beispiele Tunesien, Ägypten oder Jemen gezeigt hätten, seien weder sekulär noch religiös motiviert. So habe es in Ägypten einen Schulterschluss von (christlichen) Kopten und Moslems gegeben, in Tunesien wollte man mit den Demonstrationen keinen islamischen Staat anstreben. In Bahrain mit seiner schiitischen Bevölkerungsmehrheit wollte man ebenfalls keinen islamischen Staat. In allen Fällen seien die Demonstrationsteilnehmer aus allen Schichten der Bevölkerung gekommen, Oppositionsparteien hätten keine zentrale Rolle gespielt. Nur in Ägypten habe sich ein Bruch zwischen der Armeeführung und der herrschenden Machtelite Mubaraks angedeutet.

Die Rolle des Westens angesichts dieser Entwicklung bezeichnete die Referentin als ambivalent und inkonsequent. So habe man im Westen das Einschreiten Saudi-Arabiens in Bahrain gebilligt, überhaupt wollte der Westen die Kontrolle über alles, was sich in der Arabischen Welt abspielt und abspielen wird. Das Beispiel Syrien spiegle das Dilemma des Westens wider: soll man eingreifen oder nicht? Und wie wird sich alles in und um Israel weiterentwickeln?

Fest steht nach Baumgartens Worten, dass in der Arabischen Welt eine Transformation begonnen habe, ehemalige Herrscher seien weg, auch wenn, wie in Ägypten, das alte System noch intakt sei. Am weitesten sei die Entwicklung in Tunesien fortgeschritten. Doch gebe es Fragen über Fragen: Wie geht es weiter? Werden sich die Massenbewegungen halten können? Wer kontrolliert die Massenbewegungen? Welches sind die internationalen Auswirkungen? Denn die Region sei für den Westen zu wichtig, um sie den Völkern total zu überlassen, Werden autoritäre Regimes (Libanon, Syrien) Erfolg haben? Kommt es z.B. in Tunesien zu einer Regimeänderung unter Kontrolle des Westens (wie im Irak)?

Dr. SIGRID FAATH (Privatdozentin für politische Wissenschaft an der Universität Hamburg) verwies besonders auf das Übergreifen der Protestbewegung von Tunesien auf einen Großteil der Arabischen Welt, so dass der Terminus „Tunisierung“ aufgekommen sei. Präsident Zine el Abidine Ben Ali sei gestürzt und habe das Land am 14. Jänner verlassen. Aber nicht überall sei eine solche Entwicklung vorhersehbar gewesen. Auch Ben Alis Abgang nicht, desgleichen nicht die Protestwelle im allgemeinen, wie sie sich von Nordafrika auf den Nahen Osten ausgeweitet habe. Nicht vorhersehbar sei auch gewesen, wie die Selbstverbrennung eines arbeitslosen Hochschulabsolventen zu einer Massenbewegung geworden sei. (Forts. Seite 3)

Voraussetzungen für soziale Proteste seien aber in Tunesien schon lange vorhanden gewesen – Jugend ist dort von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Auch in Tunesien hätten die neuen Massenmedien wie Mobiltelefon und Internet die Solidaritätsdemonstrationen ausgelöst, deren Bilder in ganz Tunesien und dann in der Welt kursierten. Ben Ali habe vor seiner Flucht zwar radikale Reformen angekündigt, aber zu diesem Zeitpunkt jede Glaubwürdigkeit verloren. Beim Umsturz in Tunesien habe auch das Militär eine Rolle gespielt, ohne diese Entwicklung dort wäre es nicht zu den Ereignissen in Ägypten gekommen. Seit 14. Jänner amtierten in Tunesien zwei Übergangsregierungen, Fragen gebe es auch hier: Wohin geht die Entwicklung und wer wird das Sagen haben? Die ehemalige staatstragende Partei ist in Tunesien verboten, das Parlament aufgelöst, im Juli sollen Wahlen für eine konstituierende Versammlung erfolgen unter Teilnahme aller bisher verbotenen und auch Oppositionsparteien.

In Tunesien hatte sich erstmals gezeigt, dass sich an den Demonstrationen jugendliche Arbeitslose, Studenten und auch Frauen teilnahmen, die Islamisten hatten sich zurückgehalten. Deren im Exil lebender Führer will der Referentin zufolge eine Partei gründen und sich an den Wahlen beteiligen.

In Algerien wurde die Entwicklung in Tunesien aufmerksam verfolgt. auch dort kam es zu Protesten von Arbeitslosen, eine Massenbewegung kam aber nicht auf, womit dem Land eine „Tunisierung“ erspart blieb. Die ‚Staatsführung reagierte auf die Proteste, nahm sie ernst. Eine wichtige Rede Präsident Bouteflikas Anfang April wurde wenig ernst genommen und als Versuch, Zeit zu gewinnen, interpretiert. Doch reagierte die Staatsführung mit Subventionen für Lebensmittel, Job-Ankündigungen für Jugendliche, Auszahlung von Unterstützungsgeldern und anderen sozialen Leistungen, um den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die durch die neuen Medien zustande gekommenen Proteste waren in Marokko nicht so radikal. Der König kündigte – auf glaubwürdige Weise - Reformen im politischen und wirtschaftlichen Bereich an, Subventionen wichtiger Güter wurden erhöht. Bei Nichteinhaltung der Versprechungen könnte es aber auch in Algerien und Marokko zu einer „Tunisierung“ kommen. Allgemein gibt es im Maghreb Liberalisierungstendenzen, jedoch auch Befürchtungen, dass es früher oder später wieder zu Repressionen kommen könnte.

KARIM EL-GAWHARY (ORF-Korrespondent für den Nahen Osten und die Türkei, sowie für mehrere deutschsprachige Zeitungen – er hatte wenige Tage zuvor den Concordia-Publizistik-Preis für 2011 erhalten) ging kurz auf die Ermordung des „Terrorpaten“ Osama bin Laden ein. Dessen Popularität habe auch viel mit der politischen Machtlosigkeit gegenüber Regimes zu tun gehabt. Nunmehr merkten aber die Menschen, dass sie friedlich auf die Straße gehen könnten, um auf friedlichem Weg Veränderungen anzustreben. Somit wäre Osama einen „politischen Tod“ gestorben. Auch in Ägypten habe sich die Revolution Karims Worten zufolge die neuen Medien, also Facebook und Handys, zunutze gemacht. Jede vernünftige Führung in Ägypten müsse künftig ihre Legitimität vom Tahrir-Platz holen.

Nicht nur Brot (also Hunger stillen) sondern auch auf die Würde des Menschen komme es in Ländern wie Tunesien oder Ägypten an, betonte Karim. Eine permanente Verletzung dieser Würde hätte Folgen. Einzelfälle solcher Verletzungen würden im ganzen Volk dank der neuen Medien bekannt wie z.B. der Anschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria, was zum Schulterchluss von Kopten und Moslems gegen das Regime geführt habe. Der Referent sprach von einem Kampf von jenen, die einen vollkommenen Wandel in Ägypten wollten, und jenen, die von der alten Situation möglichst viel retten wollten. Auch in Ägypten gebe es viele offene Fragen: Wohin rollt der Zug? Welche Rolle wird die Armee spielen und wie wird sie sich bei den geplanten Wahlen verhalten? Was wollen die Islamisten? (Forts. Seite 4)

Karim hält die Zeit der politischen Monopole in Ägypten für abgelaufen, es werde keine „neuen Pharaos“ geben oder Islamisten das Ruder übernehmen. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Meinungsumfrage in Ägypten, die in der Zeit zwischen 24. März und 7. April durchgeführt wurde. Danach waren neun von zehn Ägyptern froh, Mubarak los geworden zu sein, zwei Drittel seien zufrieden mit der derzeitigen Entwicklung, 88 Prozent zufrieden mit der derzeitigen Rolle des Militärs, sieben von zehn Ägyptern fanden die sekuläre Jugendbewegung positiv. Es gebe aber auch große Herausforderungen und die Notwendigkeit, alte Denkmuster zu durchbrechen. U.a. seien derzeit nur etwa 30 Prozent der Ägypter für eine Gleichberechtigung der Frauen, Kopten und andere religiöse Minderheiten. Immerhin sähen 82 Prozent der Befragten wirtschaftliche Fragen als Priorität an, 79 Prozent befürworteten Rechtsstaatlichkeit und 55 Prozent faire und freie Wahlen.

Als weitere Notwendigkeit betonte Karim die Notwendigkeit der Einführung einer Rechenschaftsablegung in allen Bereichen, auch in der Wirtschaft u.a. zur Bekämpfung der Korruption. Auf internationalem Gebiet seien der Meinungsumfrage zufolge nur etwa 20 Prozent der Ägypter zufrieden mit der Politik der USA. Den USA und dem Westen werfen sie vor, zu wenig Initiative zur Einmischung in Ägypten entwickelt zu haben, um Mubarak aus dem Amt zu jagen. Auch seien etwa ein Drittel der Ägypter gegen den Frieden von Camp David mit Israel. Somit müsse man mit einer Änderung der Haltung Ägyptens und der Ägypter zum israelisch-palästinensischen Konflikt rechnen. In allen politischen Fragen werde in Zukunft die öffentliche Meinung mehr berücksichtigt werden müssen.

In Libyen gibt es nach Karims Worten kein Militär, das eine Revolution auf der Straße unterstützen würde. Ähnlich wie im Iran verfüge das Regime in Tripolis über eigene Truppen mit Privilegien, die ihnen von Gaddafi gewährt worden seien. Ein zweites Problem in Libyen sei das Fehlen einer organischen Protestbewegung, Zwar gäbe es dort ein großes Interesse, das Gaddafi-Regime los zu werden, das um sein Überleben kämpfe. Ein Teil des Landes habe sich befreit, im anderen Teil herrsche Angst vor den Machthabern.

Dr. GUDRUN HARRER (Leitende Redakteurin der Tageszeitung „Der Standard“) widmete sich der jüngsten Entwicklung in den Golfstaaten, in Jemen und Syrien. In Bahrain wird nach ihren Worten ein iranisch-saudi-arabischer Konflikt ausgetragen, an dem die Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates (ein Verteidigungspakt der Golfstaaten gegen äußere Bedrohungen) beteiligt seien. Für die Länder der Region fällt die Unruhe unter den Schiiten in den Rahmen der iranischen Hegemonialbestrebungen. Bei den Unruhen selbst dürfte es sich um demokratische Bewegungen handeln, da auch für politische Freiheiten demonstriert werde. Es sei klar, dass der Iran da mitzumischen versuche – eine Situation, die sicher Folgen für die Region haben werde. In Bahrain selbst gab es politische Reformen. 1981 habe es dort einen schiitischen Umsturzversuch gegeben, der das Wohlwollen des Iran genossen habe. Die schiitische Minderheit in Saudi-Arabien lebe vorwiegend in den Ölfördergebieten des Landes. Die USA seien in einem Dilemma: in Bahrain befinde sich das Hauptquartier der 5. US-Flotte, im Irak stehe der Abzug der US-Truppen bevor.

Aber auch Saudi-Arabien befindet sich nach Harrers Worten in einer Transformationsphase: demnächst wird eine neue Herrschergeneration der Familie Saud die Macht übernehmen. Der „Wettbewerb“ zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sei besonders stark in dem von einer schiitischen Mehrheit (etwa 60 Prozent) bewohnten Irak. (Forts. Seite 5)

Auch im Jemen gibt es einen Aufstand, der von einer anderen schiitischen Gruppierung, den Zaiditen getragen wird. Der jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh weist von allen arabischen Potentaten die zweitlängste Regierungszeit auf. Im Land, so Harrer, herrsche der Wunsch nach einem geordneten politischen Übergang, kompliziert werde dies aber durch die im Land herrschende Stammesstruktur und Absetzbewegungen im Süden des Landes. Befürchtet werde für den Jemen eine „Somalisierung“ (Zerfall des Staates in einzelne Herrschaftsgebiete von Warlords, wie dies in Somalia der Fall war).

Die Fallbeispiele Syrien, Jordanien und Palästina standen im Mittelpunkt des Referates von Prof. HEINZ NUSSBAUMER (Journalist, Buchautor und Vizepräsident der ÖOG). In Syrien herrscht die Baath-Partei seit 1963, die Familie Assad seit 1971 (zunächst , Vater Hafez, seit etwa zehn Jahren sein Sohn Basher), die der Alawiten-Sekte entstammt. Im Land werde für ein „autoritär-brutale Stabilität“ gesorgt, gekennzeichnet durch ein ausgebautes Unterdrückungssystem, in dem sich die Eliten bereichern können. Dennoch – Syrien ist anders. Denn bis vor kurzem war Assad junior beliebt, wurde sogar von US-Seite gewürdigt, weil er eine „angesehene“ Außenpolitik verfolgte. Geheimdienst und das mit Privilegien überhäufte Militär sind nach Nussbaumers Worten in die Regierung in Damaskus stark integriert. Im Land herrsche Angst vor Chaos und Bürgerkrieg, wobei der Irak, dem Syrien näher als andere Länder liegt, als abschreckendes Beispiel herhalten müsse. Die in Syrien in Gang befindliche Revolte habe bisher „nicht die Zentren der syrischen Großstädte und auch nicht den Mittelstand des Landes“ erreicht. Eine Rückkehr zur „Normalität auf syrisch“ sei kaum zu erwarten. Der Präsident sei nicht mehr ganz Herr im eigenen Haus, mit jedem Toten als Folge der Unruhen werde seine Chance geringer, dass er sich halten könne. Echte Reformen in Syrien könnten sich als genauso bedrohlich erweisen wie wenige oder gar keine Reformen.

Falle Syrien, wäre die Achse Damaskus-Teheran betroffen, sein Einfluss im Libanon dahin, die Kurdenfrage könnte bis tief in die Türkei hinein aufbrechen und eine Lösung des Nahost-Konfliktes zusätzlich gefährdet werden. Ein politisches Schlagwort für den Nahen Osten lautet: „Ohne Ägypten kein Krieg, ohne Syrien kein Frieden“.

In Jordanien ist nach Nussbaumers Worten alles überschaubarer, aber nichts vorhersehbar. Der Großteil der Bevölkerung besteht aus Palästinensern, die sehr arm, einige aber auch provozierend reich in das Land gekommen seien. König Abdullah gelte als „Leichtgewicht“. Die politische Machtlosigkeit Jordaniens erzwingt eine Politik des ständigen Ausgleichs, auch mit Israel, was für islamistische Kreise eine Provokation darstelle. Offenbar um Proteste vorzubeugen hatte der König im Februar Lebensmittelpreise im Land gesenkt, die Löhne erhöht und die Regierung ausgewechselt. Der König ist auch ständig unterwegs, um sich die Loyalität seiner Landsleute zu versichern. Von den Medien werde er als Reformler präsentiert. Aber auch den Haschemiten (das jordanische Königshaus) werde es nicht gelingen, eine absolute Macht zu erhalten, das Land werde zu einer konstitutionellen Monarchie übergehen müssen.

Bei den Palästinensern im Westjordanland und im Gaza-Streifen ist nach Nussbaumers Worten nichts geschehen, was viele erwartet hätten: es gab keine Massenproteste und auch keine Bestrebungen zur Absetzung der Führung. Nach Jahren erbitterter Feindschaft wurde in den ersten Maitagen der Versuch einer inneren Aussöhnung – scheinbar erfolgreich – unternommen. Es dürfte die Folge der Aufstandsbewegung in der arabischen Welt gewesen sein, da beide Gruppierungen – die Fatah und die Hamas - ihre Protektoren (die Hamas Syrien, die Fatah Ägypten) verloren hätten. (Forts. Seite 6)

Über Israel ziehen sich politische Wolken zusammen. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu sah in der innerpalästinensischen Versöhnung einen „Erfolg des Terrorismus“. Irgendwie würden aber Israelis und Palästina das Land Palästina einmal teilen müssen. Auch habe Israel selbst die Erfahrung machen müssen, dass ehemalige Terroristen zu angesehenen Politikern sich wandeln könnten (im Falle Israels M. Begin und Y. Shamir). Frieden werde auch mit sog. Falken geschlossen werden müssen, eine Nichtanerkennung führe zu nichts. Deshalb wäre es jetzt Nussbaumer zufolge notwendig, auf gleicher Augenhöhe miteinander zu reden, doch „mit Logik laufe im Nahen Osten nichts“.

Da wegen Zeitmangels keine Diskussion möglich war, beschränkten sich die Referenten auf kurze Schlusswörter. Der im Publikum anwesende deutsche Orient- und Türkeiexperte Prof. UDO STEINBACH (Universität Marburg) sieht für die Türkei mit ihrer Synthese von Demokratie und Islam eine spezifische Rolle im Nahen Osten. Die Arabische Welt sei im Aufbruch zu einem „Kommunikationsraum“ mit einem vorherrschenden neuen Selbstbewusstsein. Die Arabische Liga müsse im Hinblick auf den vor sich gehenden Wandel zu einem „politischen Akteur“ werden. Geld für Projekte müsse aus dem Arabischen Raum selbst kommen, desgleichen neue Formen „interaktionärer Aktivitäten“ und ein „arabisches Bewusstsein über eine eigene Identität“. Auch Steinbach sprach von einem gewaltigen Defizit in der Haltung Europas und verlangte ein „konstruktives Herangehen“ des alten Kontinents an die Ereignisse im Nahen Osten und zur Lösung von Problemen dort. (Schluss)